

Menschenrechte – schwieriges Thema zwischen der Türkei und der EU

Bereits 1999 wurde der Türkei der Status eines offiziellen Beitrittskandidaten verliehen, seit 2005 laufen die Beitrittsverhandlungen. Die Meinungen innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft gehen dabei zwischen „aussichtsreichem Beitrittskandidaten“ bis „strategischem Partner der EU“ weit auseinander und veränderten sich auch über die Jahre bei Regierungswechseln und der Bewältigung von internationalen politischen Herausforderungen.

Nachdem die Verhandlungen u. a. aufgrund des Zypernkonflikts zwei Jahre ruhten, wurde nun im Dezember 2015 das Beitrittskapitel zur „Wirtschafts- und Währungspolitik“ eröffnet – ein erneutes Zugehen auf die Türkei seitens der EU. Hintergrund hierzu ist deren zunehmende Bedeutung bei der Regulierung des Flüchtlingsstroms nach Europa und der Einschränkung von potenziellen IS-Kämpfern durch die türkisch-syrische Grenze.

Die EU tut gut daran – bei der Dringlichkeit der Flüchtlingsfragen – nicht die innertürkische Politik des rechtskonservativen Präsidenten Erdogan außer Acht zu lassen. Der Mitte November 2015 erschienene Fortschrittsbericht zum türkischen EU-Beitritt kann hierzu als Bestandsaufnahme bezeichnet werden. Während in der Administration der Flüchtlingspolitik positive Akzente zu erkennen sind, muss man bei den restlichen Bereichen eine negative Bilanz ziehen. Konkret beklagt die EU-Kommission Rückschritte beim Kampf gegen die Korruption, der Durchsetzung von demokratischen Grundrechten und dem Aufbau eines unabhängigen Justizsystems. Zentral seien Verschlechterungen in der Meinungs- und Pressefreiheit zu erkennen. Hier gebe es eine „wachsende Intoleranz gegenüber öffentlichen Protesten und eine restriktive Interpretation des Versammlungsrechts“. Polizeiliche Ermittlungsverfahren gegen Schriftsteller und Journalisten seien an der Tagesordnung. Problematisch ist zudem der Umgang mit Minderheiten. Hervorzuheben ist der Konflikt mit den Kurden, der in den

letzten Monaten wieder aufgeflammt ist und zum Tod von mehreren hundert Menschen geführt hat.

Vor diesen Hintergründen hätte die Wiederaufnahme von Beitrittsgesprächen etwa mit der Eröffnung des Kapitels „Justiz und Grundrechte“ mehr Sinn gemacht. Nur so kann die Türkei unter Beweis stellen, dass sie die europäischen Werte und Normen respektiert und sich in die europäische Staatengemeinschaft einfügen möchte. Dieser Menschenrechtsdiskurs muss verstetigt und gestärkt werden. Dass selbst die deutsche Seite hierbei höchst unsicher ist, zeigt die bisher fehlende klare geschichtspolitische Benennung des Völkermordes an den Armeniern vor über 100 Jahren, bei dem das Deutsche Reich selbst auch Schuld auf sich geladen hat. Eine solche Stellungnahme könnte nach dem Europaparlament auch im Deutschen Bundestag passieren, ohne die Türkei an den Pranger zu stellen.

Beim aktuellen Diskurs zu Menschenrechtsfragen spielt Deutschland dabei in der EU, als Heimat der größten türkischstämmigen Bevölkerungsgruppe im Ausland, eine besondere Rolle. Die Debatte zu Kernfragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens muss auch bilateral weitergehen und durch deutsche Diplomatie begleitet werden.

Die Europäische Union verfügt ebenfalls über eine Vielzahl von Möglichkeiten, in der europäischen Öffentlichkeit das Bewusstsein für Menschenrechtsfragen zu verstärken. Als gutes Beispiel kann man hier den seit 2007 verliehenen LUX-Filmpreis des Europäischen Parlaments nennen. „MUSTANG“, der diesjährige Oscar-nominierte Preisträger, spielt in einem Dorf im Norden der Türkei und erzählt von fünf Schwestern, die ihren Weg aus einem Leben, das geprägt ist von Zwangsheirat, Hausarbeit und keinem Zugang zu Bildung, hin zu Freiheit und Selbstbestimmung suchen. Mit der Prämierung und der erzeugten Öffentlichkeit bietet sich die gute Chance, über diesen Film einen gesellschaftlichen



LUX-Banner vor dem Europaparlament

Bild: European Union 2015

Diskurs zu diesem Thema auch in den Mitgliedstaaten zu führen. Der deutsche Produzent des Films, Frank Henschke, ist hierzu bereit und wird beispielsweise mit dem Hamburger Info-Point Europa in den kommenden Wochen an einer Filmvorführung mit anschließender Diskussion teilnehmen. Dieses Format kann auch von weiteren Landesverbänden genutzt werden. Details können dazu direkt mit Frank Henschke besprochen werden: Tel. (02 11) 44 50 98, Mobil (01 73) 2 60 60 61, E-Mail: vistamarfilm@gmail.com.

Arne Lietz MdEP

Der Autor ist stellvertretender Landesvorsitzender der Europa-Union Sachsen-Anhalt und gehört für die SPD seit 2014 dem Europäischen Parlament an. Dort ist er Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und des Entwicklungsausschusses.